

Antrag

der Fraktion der SPD

Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten

Der Bundestag wolle beschließen:

Das bisherige von der SED errichtete stalinistisch-kommunistische System der DDR hat in den vergangenen Monaten einen vollständigen politisch-moralischen sowie wirtschaftlichen Bankrott erlitten. Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist die umfassende Demokratisierung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in der DDR. Zu den unerläßlichen Voraussetzungen dafür gehört im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen die Herstellung vollständiger Chancengleichheit für alle Oppositionsgruppen. Dies ist bei weitem noch nicht gegeben.

Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist die Verwirklichung von rechtsstaatlichen Grundsätzen. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Regierung der DDR dafür noch keine wesentlichen Schritte unternommen hat. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die DDR-Regierung den Forderungen der Bevölkerung endlich nachkommt.

1. Die Lage in der DDR erfordert schnelles Handeln. Deshalb sind Sofortmaßnahmen einzuleiten:

- gesetzgeberische Maßnahmen der DDR, um Kooperationen vor allem im Dienstleistungs- und Versorgungssektor zu ermöglichen;
- währungspolitische Zusammenarbeit sowohl im Außenhandelssektor als auch im Binnenverhältnis, um volkswirtschaftliche Nachteile aus unrealistischen Wechselkursen für beide Staaten zu vermeiden;
- Beginn des Ausbaus der Infrastruktur, insbesondere der Kommunikationsnetze, der umweltverträglichen Energieerzeugung, des Verkehrs, insbesondere auf der Schiene, und der Stadterneuerung und Erhaltung historischer Bausubstanz. Dazu sollen Projekte vereinbart werden, die von der Bundesrepublik Deutschland finanziell und durch Lieferung von Maschinen und Material unterstützt werden. Dafür ist auch das Instrument des Überziehungskredits im innerdeutschen Handel (Swing) zu nutzen;

- Rahmenbedingungen für gemeinsame Unternehmen und private Investitionen in der DDR durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland;
- gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des deutsch-deutschen Luftverkehrs unter Einschluß Berlins;
- Vermittlung der Kooperation von Reiseunternehmen mit Partnern der DDR unter Einbeziehung von Ferienheimen und Privatunterkünften sowie im Austausch von Urlaubs- und Ferienangeboten in Fremdenverkehrsregionen der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus sind unter Beteiligung von Bund, Ländern und Gemeinden kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Behebung von Versorgungsengpässen notwendig, insbesondere:

- schnelle Erweiterung des Warenangebots in der DDR in Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Handelsketten. Dazu muß die DDR-Regierung entsprechende Voraussetzungen schaffen;
 - Lieferung von medizintechnischer Ausstattung in Zusammenarbeit mit den in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Herstellern;
 - Unterstützung der ärztlichen Betreuung in der DDR unter Beteiligung der karitativen Organisationen und Ärztekammern;
 - Vorbereitung kurzfristiger zusätzlicher Stromeinspeisung angesichts der im Winter erwartbaren Energie- und insbesondere Stromengpässe sowie der akuten Probleme der Luftbelastung;
 - Lieferung von Steinkohle für den Kraftwerksbetrieb und den Hausbrand, auch aus Beständen der Energieversorgungsunternehmen;
 - Lieferung moderner Bautechnologien und Unterstützung beim Projektmanagement sowie bei der Einrichtung von Baustoffmärkten.
2. Die in der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Nachkriegssituation und die fehlende Freizügigkeit in der DDR und den osteuropäischen Staaten erlassenen Regelungen im sozialen Bereich müssen überprüft werden. Im Hinblick auf das Ziel deutscher Einheit wie das Ziel sozialer Gerechtigkeit müssen die Sozialleistungen so umgestaltet werden, daß den Bürgerinnen und Bürgern der DDR auch sozialpolitisch eine Perspektive zum Bleiben geboten wird und sie müssen auf Regelungen überprüft werden, die eine Abwanderung begünstigen.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, über die tatsächlich geleisteten Hilfen und den Fortgang der Gespräche mit der DDR bis Anfang April 1990 vor dem Deutschen Bundestag zu berichten und diese Berichte aktualisiert in regelmäßigen Abständen zu wiederholen.

4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht, zwischen beiden deutschen Staaten als Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit eine Vertragsgemeinschaft mit dem Ziel abzuschließen, die umfassende Zusammenarbeit auf allen Feldern der Politik zu organisieren. An Gesprächen zur Vorbereitung eines solchen Vertrages muß die demokratische Opposition in der DDR umfassend beteiligt werden. Ihre jeweilige Zustimmung an den konkreten Einzelpunkten des Vertrages muß sichergestellt werden. Abgeschlossen werden kann er nur mit einer frei gewählten Regierung.

Bonn, den 17. Januar 1990

Dr. Vogel und Fraktion

